Nummer 160 — Halle, Mittwoch, den 11. Juli 1923 — 58. Jahrgang — Einzelpreis: 500,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugsgebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 14000.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 14000.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 13500.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeterzeile kostet im Ortsverkehr 600.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 600.00 Mark. Reklamen die Millimeterzeile 3000.00 Mark im Ortsverkehr und 3500.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 1. [illegible] bindet mit allen Ablegungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck: [illegible] Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig [illegible] 22515. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig. [illegible]: Sammel-Nummer 7431. Die Zeitzeile ver- [illegible]: „Saalezeitung Saalesaale". Bank-Rechnung: [illegible]

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Trotzstraße 24, sowie die ansässigen Filialen kaufen und zahlen ständig Tagespreis für alle Rohprodukte.

Poincarés freche Zuversicht.

Frankreich enthüllt sein Erpresserprogramm / Englands Politik der offenen Tür / Der Kampf gegen die Eisenbahner / Die belgische Regierung zum Brüsseler Ueberfall Vor starker Brotpreiserhöhung.

Optimismus in Paris.

Paris, 11. Juli (Eigene Drahtmeldung). Poincare hat den französischen Pressevertretern gestern Abend erklärt, daß die Regelung der Reparationsfragen nur dann rasch erfolgen könne, falls das englische Kabinett am Donnerstag eine für Frankreich annehmbare Lösung vorschlagen sollte. Jedenfalls müßte eine neue Grundlage für die Regelung gesucht werden. Frankreich habe es nicht eilig. Es könne im Besitz des Ruhrpfandes ruhig abwarten. England wisse genau, daß es Frankreich brauche.

Paris, 10. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) In der Pariser Presse gewinnt für den Augenblick London gegenüber ein unverkennbarer Optimismus die Oberhand. Wie es scheint, gehen die Blätter dabei von den Stimmen einiger englischer Zeitungen aus. Die „Liberte" glaubt sich zu folgender Voraussage berechtigt: Letzten Endes wird die Erklärung am Donnerstag kein Donnerschlag sein; allerdings wird sie der Aussprache zwischen den beiden Ländern kein Ziel setzen, doch hat die französische Politik, wenn wir festbleiben, sowie alle Einschüchterungsversuche zurückweisen, die beste Aussicht, vorteilhaft und zu ihrer Ehre allein von allen Schwierigkeiten loszukommen.

*

Der „Temps" erklärt, es sei wünschenswert, daß der englische Premierminister über zwei wichtige Fragen in bestimmter Weise Auskunft erteile, 1. wie England das Problem der interalliierten Schulden zu regeln gedenke und 2. auf welche Weise es Deutschland die Möglichkeit zur Leistung von Zahlungen geben werde. Zu diesen letzteren Punkte führt der „Temps" aus, das Kapitel der deutschen Schuld müsse in Form von kommerziellen Wertpapieren, auf deren Verzinsung und Amortisierung sorgfältig acht zu geben sei, auf den Hauptweltmärkten untergebracht werden. Von besonderer Wichtigkeit sei daher die Frage, wie sich der Londoner Markt zu diesen Wertpapieren verhalten werde, wie weit er den deutschen Industriellen bei Beschaffung ihrer Hilfsquellen an die Hand gehe usw. Schließlich müsse man zusehen, unter welchen Bedingungen England ein machtvolles Wiedereinsetzen des deutschen Handels mit den Interessen seiner Produktion und Kaufleute in Einklang zu bringen gedenke. Das Pariser Blatt entschuldigt seine Offenherzigkeit mit dem Bemerken, oft Schweres auf dem Spiele stände. Lasse Baldwin nämlich die zwei obengenannten Punkte in seiner Erklärung außer acht, so sei das Schicksal der Entente besiegelt. Wenn die englische Regierung, die jetzt nach einem heftigen Pressefeldzug und einem Feldzug ihrer Diplomatie das Wort ergreift, nicht die positiven Ideen verkündigt, die man von ihr zur Lösung des Reparationsproblems erwarte, so würde ihre Erklärung ein rein politischer Akt sein und einfach bedeuten, daß England sich von Frankreich lossagt und sich Deutschland anschließt.

Was wird Baldwin sagen?

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 11. Juli.

Die Reuter-Agentur veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß von autorisierter Seite das Gerücht eines Bruches mit Frankreich zurückgewiesen werde. Weiterhin heißt es: „Obwohl sich über die Natur der für Donnerstag angekündigten Erklärung des englischen Kabinetts nichts sagen läßt, kann man immerhin mitteilen, daß sie dem Zwecke dienen soll, der Welt offenbar Vorschläge der englischen Regierung in Europa darzulegen. Für ein solches Zusammenarbeiten zwischen England und Frankreich solle nach wie vor weitgehende Möglichkeit bestehen, und man sehe die aufrichtige Ueberzeugung, daß die französische Regierung Mittel und Wege finden werde, der englischen Politik zuzustreten. Sollte sich indessen die Notwendigkeit eines Sondervorgehens ergeben, so betont man, daß Frankreich seinerseits zweimal selbständig Deutschland gegenüber vorgegangen ist. Das erste Mal, als es die Ruhr besetzte, und das zweite Mal, als es auf das erste deutsche Angebot ohne Beratung mit England antwortete.

*

Es sieht nach dieser gewundenen Reuterdarlegung so aus, als ob die Hoffnungen aller derer in die Brüche gehen sollten, die wieder mal allzu große Hoffnungen auf England setzten. Ueber die bevorstehende Erklärung Baldwins wird uns noch gedrahtet: Die Erklärungen, die am Donnerstag im Unter- und Oberhause abgegeben werden sollen, werden entweder heute einem Ministerrat vorgelegt, oder aber, wenn ein solcher nicht zusammentreten sollte, unter allen Minister zirkulieren. Die Verlesung der Erklärungen wird nur erfolgen, wenn sie von allen Ministern des Kabinetts unterstützt wird. Ueber den Inhalt ist man noch ohne genaue Kenntnis. Der „Daily Telegraph" schreibt heute, die Tür werde offen gelassen, so daß diejenigen unserer Alliierten, die gegenwärtig nicht mit uns einig sind, später ihren Platz an der Seite Englands einnehmen können, wenn sie durch spätere Ereignisse oder Ueberlegungen dazu gekommen sein werden, ihre jetzige Haltung zu ändern. Diese allgemeine Einigung würde auf der Grundlage des Aufhörens des passiven Widerstandes von seiten Deutschlands und der Rückerstattung der Industrie- und Verwaltungsfreiheit an der Ruhr von seiten Frankreichs erfolgen. Die Erklärung werde wahrscheinlich den Gerüchten der letzten Tage ein Ende machen, wonach eine interalliierte Sachverständigenkommission einberufen würde. Der französische Botschafter St. Aulaire hatte am Dienstag nachmittag eine Besprechung mit Lord Curzon, wobei er besonders versuchte, genaue Auskunft über die Absichten der englischen Regierung zu erhalten, wie sie aus den Erklärungen vom nächsten Donnerstag hervorgehen sollen. Es verlautet, daß die Erklärungen Lord Curzons den französischen Botschafter befriedigt haben. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Benesch wird heute nachmittag eine Unterredung mit Lord Curzon haben. Der Korrespondent der „Chicago Tribune" in London glaubt zu wissen, daß das englische Kabinett gestern im Prinzip die Ernennung einer Sachverständigenkommission für die Bestimmung der deutschen Zahlungsfähigkeit beschlossen habe. England werde die alliierten und neutralen Mächte einladen. Delegierte in diese Kommission zu entsenden. Auch Frankreich werde eingeladen werden, und wenn es sich weigern sollte, werde die Kommission gleichwohl ihre Arbeiten beginnen. Es sei wahrscheinlich, daß auch eine Einladung an Amerika ergehen werde.

Der Brüsseler Ueberfall.

Brüssel, 11. Juli. Die belgische Regierung beschloß nach einer Meldung der „Agence belge", wegen des Angriffes auf den deutschen Botschafter eine Untersuchung einzuleiten.

Paris, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Angreifer auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel sind ein Brüsseler namens Meldenant, Sekretär der Kolonialgesellschaft, und ein Amerikaner namens Perren. Minister Jasper erklärte, daß die Urheber des Ueberfalles angeklagt und den Gesetzen gemäß bestraft werden sollten. Er drückte dem deutschen Geschäftsträger Rüdiger das Bedauern der Regierung aus und versicherte, daß Belgien sich seiner Verpflichtung als Gastgeber bewußt sei. Für den Schutz des deutschen Gesandtschaftsgebäudes sowie der Wohnungen des Personals sind Polizeiverstärkungen entsandt worden.

*

Die Lesarten über den skandalösen Vorfall sind noch verschieden. Nach der einen soll ein junger Belgier den deutschen Botschaftsrat Rüdiger durch einen Faustschlag ins Gesicht leicht verletzt und nach erfolgter Festnahme beleidigt haben. Nach der anderen sollen zwei frühere belgische Frontkämpfer, darunter ein Reserveoffizier, den deutschen Geschäftsträger mit Faustschlägen bearbeitet haben. Man darf aber wohl noch eine dritte Lesart beisteuern: nämlich dem Verdacht Ausdruck geben, daß der oder die Attentäter in französischem Auftrag gehandelt haben, damit diplomatische Weiterungen zwischen Brüssel und Berlin sich ergeben und Belgien an Frankreichs Seite gebannt bleibt, wenn der drohende Bruch mit England wegen der Reparationsfrage eintreten sollte. Das geheimnisvolle Gelege von der Duplizität der Ereignisse fügte es, daß um dieselbe Zeit ein Einbruch in die Wohnung eines deutschen Gesandtschaftsrates in Warschau mit 100 Millionen Rauberfolg sich begab. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands scheinen danach in gewissen Staaten als vogelfrei zu gelten. Man hüte sich! Die Geduld des deutschen Volkes ist am Ende ihrer Tragfähigkeit. Es könnte bei so schamlosen Verbrechen gegen das Völkerrecht vielleicht die Wohlfahrt der Vertreter der Einbruchsmächte und ihrer Sekundanten in Deutschland Schaden nehmen! Die Verantwortung dafür träfe dann die gewissenlosen Herausforderer eines ins Uebermaß gereizten Volkes.

Aufhebung der Sanktionen über Buer.

Gelsenkirchen, 11. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern mittag erhielt die Stadtverwaltung von der belgischen Behörde die Nachricht, daß alle über die Stadt Buer verhängten belgischen Sanktionen aufgehoben worden sind. Die Straßenbahnen können sofort wieder verkehren. Der Straßensperrverkehr von 8 Uhr abends bis morgens wird aufgehoben. Die Wirtschaften können bis abends 7 Uhr geöffnet werden. Auf welch tiefere Gründe die plötzliche Aufhebung der Sanktionen zurückzuführen ist, war nicht zu ermitteln.

*

Bochum, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Franzosen haben den Bochumer Verein besetzt, und zwar unter Aufbietung eines großen Truppenaufgebotes. Die gesamte Arbeiter- und Beamtenschaft hat das Werk verlassen. Gleich darauf wurde die Reichsbank besetzt, wie man hört, um die vom Bochumer Verein nicht bezahlte Kohlensteuer einzutreiben. Sämtliche Bochumer Banken haben aus Protest geschlossen.

Frankreichs „Erfolge" gegen die Eisenbahner.

Ueber 50 000 Ausgewiesene und Vertriebene!

Köln, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zahl der aus ihren Wohnungen vertriebenen Beamten, Angestellten und Arbeiter beträgt, wie die Reichsbahndirektion berichtet, für die Zeit vom 4. Januar bis 6. Juli dieses Jahres 7125, ferner 22 566 Angehörige der aus den Wohnungen Vertriebenen, 6379 ausgewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter, 15 905 Angehörige von Ausgewiesenen, 676 Verhaftete, 124 Verurteilte, 6 Getötete, 126 Verletzte. Die Geldsumme der Bestrafungen beläuft sich auf 223 Jahre, 8 Monate und 10 Tage, sowie 148 558 200 Mark Geldbuße. Die Statistik umfaßt sowohl das altbesetzte als auch das Einbruchsgebiet.

Starke Brotpreiserhöhung.

Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die in der Presse verbreitete Nachricht, wonach eine vierfache Erhöhung des Brotpreises bevorstehe, ist unzutreffend. Die in Aussicht genommene Erhöhung bleibt hinter der genannten Erhöhung weit zurück.

Ueberzeugend klingt dieses amtliche Trostwort nicht, solange nicht eine ungefähre Ziffer genannt wird.

Die Tragödie der Mark.

Verfehlte Stützungsmaßnahmen.

Fehler sind dazu da, daß aus ihnen gelernt werde! Wir erlebten eine Stützungsaktion der Mark und ihren Zusammenbruch. Wir erlebten einen Untersuchungsausschuß, der sich mit den Gründen dieses Zusammenbruchs beschäftigen sollte. Und wir erleben heute wieder eine Stützungsaktion, von der wir noch nicht wissen, wie sie ausgehen wird. Es ist Zeit, sich umzusehen und aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Was hat uns der vom Reichstag zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes am 18. Mai eingesetzte Ausschuß an tatsächlichen Erkenntnissen gebracht? Nicht gerade viel. Wenn wir über die häufig verunglückten Debatten theoretischer Natur hinwegsehen, bleibt hauptsächlich der Fatalismus der Leute, die den Zusammenbruch notwendig wie ein Naturereignis nahen sahen. Was aber taten sie, die teilweise aktiv an der Stützungsaktion im Markt mitwirkten, was sorgten die leitenden Herren der Reichsbank und des Finanzministeriums vor, um dieser, wie sie meinten, notwendigen Katastrophe entgegenzuwirken? Nichts. Sie ließen sich am entscheidenden Tage einfach überrennen. Der Devisenbedarf war am kritischen achtzehnten April auf ein Vielfaches der normalen Tage angewachsen. Da beschloß plötzlich die Reichsbank, dem starken Andrang nachzugeben und sie ließ den Kurs laufen. Der Kurs lief und lief und, während industrielle Kreise damals einen Wert von 30 000 Mark für den Dollar als angemessenes, exportfördernbes Niveau angesehen hatten, eilte der Dollarkurs in tollen Sprüngen auf über 130 000 Mark. Da fiel es denjenigen Herren, die auftragsgemäß die Finanz- und Währungspolitik des Deutschen Reiches leiten sollten, wieder — unter dem Druck der konsternierten Oeffentlichkeit — ein, daß sie zum Eingriff fähig und berufen seien und sie erließen eine neue Devisenverordnung, führten die Einheitsnotiz ein, bemühten sich um einen größeren Devisenfonds durch weitere Begebung der Dollarschatzanweisungen und hielten nun den Kurs der Reichsmark auf einem Niveau von 150- bis 180 000.

Dieser jetzige „amtliche Kurs" ist aber nicht etwa, worauf die Frankfurter Zeitung mit Recht aufmerksam macht, ein solcher, bei dem sich Nachfrage und Angebot ausgleichen, es ist überhaupt kein aus der Marktlage hervorgegangener und die Marktbedürfnisse befriedigender Kurs, sondern er ist gewissermaßen ein Höchstpreis für Devisen, erlassen ohne gleichzeitige Erfassung der zwangsregulierten Güter. Devisen dürfen in Deutschland nur zu einem Einheitskurse gehandelt werden, den die Reichbank jeweils maßgeblich bestimmt. Wir haben also denselben Zustand wie zum Beginn der Kriegswirtschaft, wo man Höchstpreise festsetzt, ohne die Ware selbst zu erfassen. Damals war der Erfolg: Verdrängung dieser Ware vom regulären Markte, Eröffnung des Schleichhandels zu höheren Preisen. Man vervollkommnete das System durch Einführung der Zwangswirtschaft. Dieses System bewährte sich für einige Zeit, gestützt auf die damals noch vorhandene opferwillige Stimmung, auf die Unterordnung des individuellen Profitinteresses unter die soziale Pflicht. Aber schon damals versagte das immer mehr. Und heute ist die moralische Situation erst recht eine andere. Moralische Appelle erzielen nur noch geringe praktische Wirkung. Das ist traurig, aber Tatsache. Von dieser klaren, unsentimentalen Betrachtungsweise der Dinge und Menschen ist der Herr Reichsbankpräsident, nach seinen Erklärungen vor dem Untersuchungsausschuß zu urteilen, noch ziemlich fern. Aber wir müssen die praktischen Maßnahmen einstellen auf die Menschen, wie sie in ihrer Mehrzahl heute sind, angetrieben von dem Stachel des höchsten Gewinnes, abgeneigt jeder anderen als der privatwirtschaftlich-egoistischen Denkungsweise, so gut wie verständnislos gegenüber der Bedeutung des Staatswohls für ihre eigene Existenz. Auch im Februar dieses Jahres, als die Stützungsaktion der Reichsbank einsetzte, war die Lage nicht viel anders. Es kamen damals wohl Devisen aus der Wirtschaft heraus, sogar in sehr beträchtlichem Umfang. Aber zum allerkleinsten Teil ist dies einer Opferbereitschaft zuzuschreiben, viel stärker wirkte die planmäßig durch Krediteinschränkung herbeigeführte Zwangslage, Devisen für laufende Marktverpflichtungen loszuschlagen zu müssen. Durch diese Stabilität der Mark vergrößerte sich zudem das Vertrauen zu ihr in allen Schichten des Volkes; die Konten bei den Banken blieben wieder länger stehen; der einzelne trug das Papiergeld länger in der Tasche; die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes verringerte sich stark. So konnten auch die Warenpreise trotz fortschreitender Papiergeldzunahme in verhältnismäßiger Konstanz verharren. Bis dann aber schließlich die gewaltigen, durch die Defizitwirtschaft des Staates erzeugten Inflationsmengen stärker auf die verschiedenen Märkte zu drücken begannen und die verantwortlichen Stellen, obgleich sie sich angeblich darüber im Klaren waren, ohne einen Plan überraschten und beiseite schoben.

Aus den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses ist außer manchem anderen auch das nicht hervorgegangen, wie verhängnisvoll dieser Zusammenbruch der Reichsmark und dieser Verfall der Reichsmark im Ausland gewirkt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230711013/fragment/page=0001

dort schwand jedes Vertrauen auf eine konsequente deutsche Währungspolitik. Man setzte die Dinge so auf, daß die Reichsbank das Versprechen gegeben habe, den Kurs der Mark zu halten, während sie ihn dann plötzlich fahren ließ und damit alle gutwilligen Gläubiger Deutschlands täuschte. Das Vertrauen in finanziellen Dingen ist eine schwer zu behandelnde Pflanze. Hat man ihr einmal die Wurzeln herausgerissen, so dauert es lange, bis man sie in neuem Erdreich wieder aufzüchten kann. Wieder einmal waren die Gutgläubigen im In- und Ausland bestraft und die Skeptiker und die Verächter des Rechts belohnt worden. Die heutige Stützungsaktion findet nicht mehr jenen Resonanzboden des Vertrauens. Die Inflationsflut, die sich heute infolge der weiterhin tatlosen Defizitpolitik in wachsenden Wogen über Deutschland ergießt, wird nirgends mehr aufgefangen in stillen Bassins, in voller Wucht wirkt sie heute auf die Waren-, Kapital- und Valutamärkte ein.

In dieser Situation geht nun die Reichsbank mit Höchstpreisen für Devisen vor. Aber die Wirkung ist die bekannte: es kommt kein nennenswertes Angebot mehr heraus. So kann die Reichsbank die Nachfrage nicht befriedigen; sie stoppt die Zuteilung an Ausländer und rationiert die Zuteilung an das Inland. Diese Rationierung erfolgt aber nicht nach einem wirtschaftspolitischen Programm unter Sichtung der volkswirtschaftlichen Dringlichkeit des Bedarfs, sondern wahllos nach einem festen Satz pro Kopf und Devisenart. Neuerdings wird noch der Name des Auftraggebers hinzuverlangt. Der nicht befriedigte Bedarf (in den letzten Tagen betrugen die Zuteilungen nur noch etwa 5 Proz.!) sucht sich, soweit er wirklich dringend ist, anderwärts zu befriedigen. Es entwickelt sich die schwarze Börse, die wir von Wien und Budapest her kennen, außer von Greenbacks spricht man schon von Blackbacks, das große Tor des deutscher Exekutive entzogenen Rheinlands tut sich auf und hindurch strömen die Aufträge an die Kassen von Köln. Dort und an den ausländischen Börsen sinkt die Mark umso rascher, je mehr sie im Inland künstlich gehalten wird, je weniger der Bedarf sich in Deutschland selbst ausgleichen kann. Es entstehen also voneinander abgeschlossene Teilmärkte. Der Markt des höheren Niveaus hat bei fortschreitender Inflation die Tendenz, das niedrigere Niveau an sich heranzuziehen.

Das ist die sehr schwierige, zur Entscheidung drängende Situation von heute. Während der Untersuchungsausschuß noch über den letzten Marksturz berät, muß die Reichsbank sich entschließen, wie sie der nahe drohenden Gefahr begegnen will. Ohne enge Zusammenarbeit mit der Leitung der Reichsfinanzen wird das nicht gehen, ohne eine tatkräftige, das Defizit abbauende und die Einfuhr beschränkende Finanzpolitik bleibt die Stützung der Währung ein auf längere Sicht vergebliches Bemühen; man kann nicht gleichzeitig Drücken und Drucken, das sollte man eingesehen haben!

Die Urheber der Duisburger Explosion.

Elberfeld, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Duisburg sollen ein Franzose und ein Argentinier als die in Frage kommenden Täter des Hochberger Brückenattentates verhaftet worden sein. Der Franzose soll die Tat bereits eingestanden haben. Die Verhaftungen sind, wie es heißt, darauf zurückzuführen, daß die Belgier, die bisher eine deutsche Mitwirkung bei den Ermittelungen abgelehnt hatten, seit gestern mit der deutschen Polizei zusammenarbeiten.

Duisburg, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Bis zur Stunde haben sich die Angaben über die Ermittlung der angeblichen Attentäter noch nicht zu einer Gewißheit verdichtet. Fest steht nur, daß das französische Nachrichtenbüro, das in Düsseldorf erscheint, vorgestern einen Steckbrief gegen die vermeintlichen Attentäter mit genauer Beschreibung veröffentlichte. Ueber die Nationalität ist in dieser Personenbeschreibung nichts gesagt, doch scheint aus ihr selber von der Bevölkerung gefolgert zu werden, daß es sich nicht um Deutsche handeln könne.

*

Als auf der Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke das Explosionsunglück eine ganze Reihe bedauernswerter Opfer unter belgischen Urlaubern forderte, konnte Herr Poincaré hinter der Maske wohlgespielter Entrüstung ein gewisses Freudengefühl nicht ganz verbergen. Die Bombe platzte für ihn im geeignetsten Augenblick. Der Friedensruf des Papstes hatte die Aufmerksamkeit der Welt auf Tatsachen gelenkt, deren unbefangene Beurteilung dem Ruhrvergewaltiger nicht ganz angenehm sein konnte und leicht dazu angetan war, seine Gewaltpläne zu durchkreuzen. Das Explosionsunglück bot nun zur Ablenkung die beste Gelegenheit. Ohne das Resultat einer eingehenden Untersuchung abzuwarten, wurde die Explosion zum deutschen Sabotageakt gestempelt und die Schuld daran dem passiven Widerstand und vor allen Dingen der deutschen Regierung in die Schuhe geschoben. Ueber das Ruhrgebiet wurde die schärfste Verkehrssperre verhängt, die die Lebensmittelversorgung zum großen Teile lahmlegte. Angesehene Bürger der Stadt Duisburg wurden als Geiseln ins Gefängnis geworfen und verschiedenen Ortschaften Sanktionen auferlegt, deren schwindelnde Höhe die Unmöglichkeit einer Bezahlung garantiert. Vor allen Dingen aber machte Herr Poincaré seinen Gesandten beim Vatikan mobil, der zu dem bekannten Besuch des päpstlichen Nuntius Pacelli beim Reichskanzler führte und die Regierung veranlaßt, noch einmal vor aller Welt festzustellen, daß sie Sabotageakte verurteile, obwohl die Regierung schon bei den verschiedenen Gelegenheiten ihre Mißbilligung über derartige Gewalttaten bekundet hatte. Nun auf einmal hat man es nicht mehr nötig, dieses Explosionsunglück deutschen Männern in die Schuhe zu schieben. Die Gerüchte nehmen jetzt immer festere Gestalt an, nach denen ein Franzose und ein Argentinier die Urheber des Attentates gewesen sind. Daß man nun den Versuch macht, das Attentat als einen Akt französischer Kommunisten hinzustellen, kann nur den Unkundigen täuschen. Der Tod der belgischen Urlauber geht auf das Schuldkonto Poincarés, der dieses Attentat für diese dunklen Pläne brauchte. Von der vollkommenen Aufklärung des Attentates aber eine Wendung der Krise zu erwarten, dürfte ziemlich abwegig sein, da der Verlauf der Ruhrbesetzung genug Beispiele gezeitigt hat, daß falsche Verdächtigungen und darauf aufgebaute Sanktionen und Gewaltaten von den Ruhrverbrechern niemals wieder gutgemacht werden, daß sie nicht einmal den leisesten Versuch dazu unternehmen oder sich wenigstens entschuldigen. Die französische Propaganda aber wird bald genug dazu übergehen, die Aufmerksamkeit der breiten Oeffentlichkeit von dem Duisburger Verbrechen abzulenken, da der damit verbundene Zweck erreicht ist. Deutscherseits aber darf nicht geruht werden, für die restlose Aufklärung Sorge zu tragen. Die Folgen der französischen Gemeinheit sind ein Teil unserer Gegenrechnung bei einer kommenden Liquidation des Ruhrverbrechens.

Die neuen Beamtengehälter.

Abschluß der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Wie bereits kurz gemeldet, sind in den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Beamtenorganisationen am letzten Sonnabend die vorläufigen Aufbesserungen der Beamten um durchschnittlich 80 Prozent erhöht worden, und zwar ist der Teuerungszuschlag, der bis jetzt 87 Prozent betrug, auf 237 Prozent heraufgesetzt worden; für Berlin kommt zu diesem Teuerungszuschlag außerdem eine örtliche Sonderzulage von 59 Prozent. Nachträglich ist noch zu berichten, daß auch die Kinderzulage vor einigen Tagen im Reichstag durch Initiativantrag der bürgerlichen Parteien erhöht worden ist. Sie beträgt jetzt:

pro Monat f. Kinder bis z. vollend. 6. Lebensj.	80 000 M.,
bis z. vollend. 14. Lebensj.	90 000 M.,
bis z. vollend. 21. Lebensj.	100 000 M.

Die Frauenzulage beträgt 166 000 Mark.

Die Reichsbehörden haben heute ihre Zahlstellen angewiesen, die Auszahlungen sofort vorzunehmen, so daß die Beamten und Staatsarbeiter bereits Mitte dieser Woche im Genuß der erhöhten Bezüge sein werden, die übrigens nicht nur für diesen Monat, sondern für das laufende Vierteljahr voraus bezahlt werden.

In den wichtigsten Gehaltsgruppen stellt sich das Gesamteinkommen eines unverheirateten Beamten in Berlin jetzt folgendermaßen dar:

A) Aufsteigende Gehälter:

Gruppe	Anfangsgehalt	Endgehalt
I (Schrankenwärter)	1 568 160	2 067 120 M.
III (Schaffner)	1 900 800	2 558 160 M.
V (Zugführer)	2 383 920	3 175 920 M.
VII (Obersekretär)	3 088 800	3 999 600 M.
IX (Oberinspektor)	3 960 600	5 068 800 M.
X (Regierungsrat, jüng.)	4 455 600	5 737 440 M.
XI (Regierungsrat, älterer)	5 056 920	6 601 320 M.
XII (Oberregierungsrat)	5 872 680	7 591 320 M.
XIII (Ministerialrat)	6 890 400	8 949 600 M.

B) Einzelgehälter:

	Anfangs- und Endgehalt
I (Reichsgerichtsrat)	9 504 000 M.
II (Präsident)	10 612 800 M.
III (Ministerialdirektor)	12 196 800 M.
IV (Vorsitzender)	12 711 600 M.
V (Staatssekretär)	16 038 000 M.
VI (Minister)	23 284 800 M.
VII (Reichskanzler)	26 660 800 M.

Bezüglich der Diäten der Reichstagsabgeordneten ist insofern eine Aenderung eingetreten, als die Diäten nicht mehr ein Viertel des Grundgehaltes zuzüglich des Ortszuschlages der Gruppe 5, VI betragen, sondern jetzt vom Grundgehalt allein zuzüglich der üblichen Zuschläge errechnet werden. Nach dem gegenwärtigen Stand beitragen die Diäten der Reichstagsabgeordneten 5 643 000 Mark. Die obengenannten Kinderzuschläge sind, wie ausdrücklich betont werden muß, nur Grundbeträge, die sich nach dem jeweiligen Teuerungszuschlag zuzüglich örtlicher Sonderzuschläge erhöhen.

Landtagsferien.

Berlin, 10. Juli. Der Preußische Landtag hielt am Dienstag seine letzte Sitzung vor den Sommerferien ab. Die Ferien sollen dann im September noch einmal durch eine Zwischentagung für zwei oder drei Tage eine Unterbrechung erfahren. Der Landtag verabschiedete sich bis dahin mit der Annahme einer großen Zahl von Vorlagen von mehr oder weniger geringer Bedeutung. Eine Reihe von Gegenständen wurde der Ausschußberatung überwiesen. Erhöht wurden die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten. Ferner soll geprüft werden, ob für eine Reihe von Beamtenkategorien, wie für Forstrentmer, Gewerbeärzte, Revierförster, eine höhere Einteilung in die Besoldungsordnung empfehlenswert ist. Die Volksschullehrer sollen mit allen Folgerungen, besonders also auch pekuniärer Art, den Oberstreitern gleichgestellt werden. Bei der Abgabe von Domänenvorgrundstücken sollen Rückwanderer und Verdrängte eine Vorzugsbehandlung erfahren. Das Staatsministerium soll auf die Auswüchse des Syndikats- Kartell- und Monopolwesens ein scharfes Auge haben. Ferner soll im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit die Staatsregierung besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit sowie zur Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner sowie anderer besonders unter der allgemeinen Not leidenden Bevölkerungsschichten treffen. Den Beschluß bildete eine steuertechnische Aussprache zu den Entwürfen über die Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung und über die Regelung verschiedener Fragen des kommunalen Abgabegesetzes, wobei insbesondere die von einer Reihe von Gemeinden eingeführte Lohnimmenkeuer auf ihre Rechtmäßigkeit einer Untersuchung unterzogen wurde. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf den 11. September anberaumt. Abg. Herold (Ztr.) dankt dem Präsidenten für seine stetbewußte, geschickte und sichere Geschäftsführung und insbesondere für seine wiederholten warmherzigen Worte für die notleidende Bevölkerung am Rhein und Ruhr. (Beifall.) Präsident Leinert spricht dem Alterspräsidenten Herold zu seinem demnächstigen 75. Geburtstag den herzlichsten Glückwunsch des Landtags aus. Die Proteste des Landtages gegen die Brutalitäten im Westen leben in uns immer und immer fort, mit diesen Protesten aber auch das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit und Zusammengehörigkeit mit der Bevölkerung des besetzten Gebiets und des Einbruchsgebiets. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß beim Wiederzusammentritt des Landtags Sicherheit und Selbständigkeit wiederhergestellt sein werden und daß der Landtag seine Arbeiten ordnungsmäßig wird durchführen können.

Aufklärung des Münsterer Attentats? Einer der Attentäter auf die sozialdemokratische Druckerei in Münster ist am Montag verhaftet worden. Zwei weiteren Tätern ist man auf der Spur. Die Fährte lenkt nach Süddeutschland und dem besetzten Gebiete.

Zunehmende Ueberfremdung deutschen Grundbesitzes. Eine amtliche Statistik in Dresden stellt fest, daß seit November 1918 insgesamt 1700 Grundstücke in ausländischen Besitz übergegangen sind, was ungefähr 3 Prozent aller Dresdener Grundstücke ausmacht.

Die Zahl der sowjetrussischen Zeitungen im Auslande. Auf der letzten Sitzung des allrussischen Vollzugskomitees gab der Vorsitzende der Propagandaabteilung für das Ausland, Lunacarski, eine Uebersicht über die Zahl der kommunistischen Zeitungen, die von Moskau im Auslande unterhalten werden. In Deutschland unterstützen die Sowjets 51 periodische Zeitungen und Verläge, in Norwegen 28, in England 26, in Italien 34, in Polen 21, in Frankreich 16, in der Tschechoslowakei 16, in Jugoslawien 4, in Bulgarien 13, in Schweden 12, in Oesterreich 10, in der Türkei 5, Ungarn 4, Litauen 3, in Finnland 4, in Spanien 2, in Estland 2, in Belgien 1 und in Amerika 4. Nach diesem Berichte wurde beschlossen, weitere 5 Millionen Goldrubel für Auslandspropaganda auszugeben.

Die neue Everest-Expedition. Der aus den Mitgliedern der Royal Geographical Society in London bestehende Prüfungsausschuß für die Mount Everest-Besteigung hat, wie bekannt, beschlossen, im nächsten Jahr eine neue Expedition zur Eroberung des Daches der Welt auf den Weg zu bringen. Sie wird anfangs des Jahres 1924 aufbrechen, und die Dispositionen sind so getroffen, daß der Aufstieg Anfang Mai in Angriff genommen werden kann, d. h. vor dem Beginn der Regenzeit, die den Sommermonsun bringt, einen Regen, der auf jenen Höhen in Gestalt von Schnee niederfällt und in Begleitung von Orkanen auftritt, die jeder menschlichen Widerstandskraft spotten. Finch und Mallory, die sich bei dem letzten Versuch in hervorragender Weise ausgezeichnet haben, werden auch diesmal die Führung übernehmen. Zurzeit verhandelt die englische Regierung mit dem Dalai Lama über die Festsetzung der Reiseroute, die zu dem eigentlichen Aufstiegsgelände führt. Bis zum Vorjahre war man noch im Unklaren darüber gewesen, ob der Mensch überhaupt imstande ist, über 7500 Meter Höhe, die seinerzeit der Herzog der Abruzzen erreicht hatte, hinaus vorzudringen. Finch und Mallory gelangten aber im vorigen Jahre auf eine Höhe von 8225 bis 8301 Meter und übertrafen infolgedessen den von den Italiener aufgestellten Rekord um etwa 800 Meter. Die neue Expedition wird wie die erste mit Sauerstoffflaschen ausgerüstet werden. Der beratende Arzt befürwortet indessen die subkutane Einspritzung von Sauerstoff, dem 20 Prozent Kohlensäure beigemischt sind, ein Verfahren, das bei Bergpartien auf dem Montblanc bereits gute Dienste geleistet hat.

Kundentum.

Das Ende der Landstreicherromantik.

Von **Peter Prior.**

Wenn der Sommer im Lande war und die Sonne lockte und gleißte, dann traf man sie überall auf der Walze, die Faulenzer und Parasiten der Landstraße. Die dem lieben Herrgott die Tage abstahlen, die vom Wandertrieb ruhelos von Ort zu Ort getrieben wurden und die sich dabei redlich durch Betteln zu ernähren mußten. Das war in den Zeiten, als das Brötchen noch 2½ Pfennig kostete . . . .

Heute ist es vorbei mit der Landstreicherherrlichkeit, und was heute bettelnd an unsere Türen klopft, das hat nichts mehr mit der Romantik und Poesie der sonnenüberglühten oder regenzerpeitschten Landstraße zu tun. Sie sind ein Opfer der Zeit geworden, sind ausgestorben, die „Kunden", wie sie sich selbst zu bezeichnen pflegten. Denn wer ein richtiger Kunde war, der war nicht gewöhnt, nur notdürftig sein Leben zu fristen. Wenn er auch keine hohen Ansprüche stellte, so wollte er doch nicht allzuviel heruntergekommen aussehen und schließlich nicht fortwährend „Kohldampfschieben" (hungern). Heute aber kann er keine „Trittchen" (Stiefel) oder sonstigen Kleidungsstücke mehr flechten, und in punkto „Unvernunft und „Lorchen" ist es meistens auch schlecht bestellt. Unvernunft bedeutet in der Kundensprache Wurst, und Lorchen sind Brötchen.

Diese Kundensprache ist überhaupt ein Kapitel für sich. Es finden sich in ihr Ausdrücke, die aus dem Gaunerwälsch stammen vielfach auch aus dem Hebräischen, und diese Redensarten sind recht drolliger Natur. Ein Kunde geht nicht, er „zittert". Er schnürt im Frühling seinen „Berliner", oder steckt auch nur die Hände in die Hosentaschen, und zittert, den „Stenz" (Stecken) in der Hand fort nach dem Jakobinerland, zu den Gelbmatinern, ins blaue oder Schwarzmatinerland, d. h. nach Württemberg, Baden, ins Bayrische oder nach Oesterreich. Auch das heilige Land (Tirol) war früher sehr beliebt, weil die Handwerksburschen bei den guten Leuten dort zumeist Nachtquartier im Stalle erhielten und auch mittags nicht lange nach Essen zu suchen brauchten. Der Kunde bleibt nachts entweder auf einer „Heiligkeit" über Nacht, womit die Herberge zur Heimat gemeint sind, oder er „reißt Platte", er bleibt draußen bei Mutter Grün. Manchmal übernachtet er auch auf einer „milden Penne" (armseliges Gasthaus) zum Unterschied von der Heiligkeit und macht dort „Rancher" oder „Knacker", d. h. er schläft im Stroh oder auf der Pritsche. Abends kommt der „Bischof", der Hausknecht, und „spannt die Stauden nach", d. h. er untersucht die Hemden der Gäste, ob sich keine „deutschen Reichsläser" oder „Bienen" darin befinden. Manchmal besorgt dieses Geschäft auch „die Krone" selbst, die würdige Herbergsmutter unterwirft sich selber dieser Arbeit.

Richtige Kunden mieden auf ihren Wanderfahrten die Städte, sie fühlten sich bei den „Kaffern" besser aufgehoben. Die Städte hatten schon ihre Sonderart von Bettlern, und allenthalben an den Ecken standen „Kundenfänger", auch die „Polente" war stets stark vertreten und die „Schmiermichel" liefen nur so auf den Straßen umher. „Das Ladenstoßen", das Absechten der Läden brachte zwar allerhand Geld, aber man konnte dabei zu leicht „verschütt" gehen. Auf den Dörfern wars besser. Man konnte erkunden, ob der „Teckel", der Gendarm, zuhause sei. War er fort, konnte das ganze Nest abgeklopft werden. Der „Gallach", der Pfarrer, wurde nicht ausgelassen, und auch dem „Plauderer", dem Lehrer, gab es etwas. In vielen Dörfern und kleinen Städten gab's „Ortsgeschenke" oder Nachtverpflegung. Dafür mußte man manchmal frühmorgens die „Straße fikeln", d. h. die Straße fegen, was manchen Kunden nicht paßte, deshalb wurden auch solche Gelegenheiten zur Arbeit möglichst umgangen. Auch „Verrecksstationen" (Verpflegungsstationen) gab es, wo es vier Stunden arbeiten hieß und wo man mit gebundener Maschinen aus die nächste geschickt wurde, ein trauriger Zwang für das Reisen in manchen Gegenden. Besonders Oesterreich war groß in diesen Verrecksstationen.

Katholische Gegenden waren sehr beliebt wegen der vielen Klöster, die immer offene Tafel hielten für Kunden. In Kloster Scheyern beispielsweise war der Kunde glänzend aufgehoben. Dort gabs bei der Ankunft in der Brauerei „Schöps" (inkaufes Bier mit geringem Alkoholgehalt) nach Belieben, auch ein Stück Hanf dazu. Dann wurde das Nest angeschlossen. Extra unter Garantie 80 Poscher (Pfennige). An der Klosterpforte gabs einen Fünfer, oder auch mal einen Groschen (Kupfergeld nannte man rote, Nickelgeld weiße Asche; Silber bekam der Kunde selten zu sehen). Dann ging's in die Küche. Dort war ein besonderer Raum für die Herren Kunden, und ihrer viere mußten aus einer Schüssel essen. Wer keinen „Reflepatz" (Löffel) hatte, konnte sich einen ausbetzen, mußte aber seinen Hut als Pfand lassen. Hier futterten manche Kunden so viel, daß sie nicht mehr schnaufen konnten. Manche wurden trotzdem nicht satt und eilten noch in den Wirtschaftshof, wo sie noch drei oder vier Knödel verdrückten. Dann wurde verdaut und abends in der Herberge des Klosters für zehn Pfennige gepennt. Manche Kunden blieben so lange im Kloster Scheyern, bis sie der Gendarm auf den Trab brachte. Und derartige gute Klöster gabs mehrere.

Der Winter war für die Kunden nicht so gut wie der Sommer. Die älteren, Register machten sich in die „Teem nde", ins Krankenhaus, andere wieder zitterten ins „Mickedepich", nach Italien; gearbeitet wurde nach Bedarf. Beliebt als Kriegsgenossen waren Katzoffs (Metzger), oder Lorchen Armiede (Bäcker). Weiterhin traf man unterwegs Köppchen (Schlosser) oder Stichler (Schneider), Rumtreiber (Böttcher) oder auch mal einen Roller (Müller), die sich wieder in Luftschiff und Klapperschitz (Wind- und Wassermüller) teilten. Auch Sucher (Kaufleute) wurden angetroffen, die meist keine „Gipsnerbände" um den Hals hatten. Ab und zu gab's auch mal „Kittchen", und manch einer flog auf die „Schindelswinde", das Arbeitshaus. Hatte ein Krauter (Bauer) schöne Arbeit, dann wurde mal angefangen meist aber bald wieder „in den Sack gehauen".

So ging's dahin. Jahraus, jahrein, bis einmal ein hübsches Mädchen den Burschen fesselte und die Kinder kamen, die den losen Gesellen nicht mehr losließen. Dann war es auch schon früher vorbei mit der Kundenherrlichkeit.

Die neue Fetischmode.

Groteskigürchen, Zauberringe, arabische Amuletts, indische Swatirakreuze, das sind gegenwärtig die „täglichen Bedarfsartikel" der jungen Generation Englands. Die elegant eingerichteten Läden für Amulette, Zaubersachen, glückbringende Gegenstände usw. haben derzeit in der englischen Hauptstadt den besten Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Schaufenster sind überladen mit Fetischgegenständen aus Japan, China, Afrika und den Südseeinseln. Die Fetischmode muß als eine ausgesprochene Nachkriegserscheinung angesprochen werden. Während des Krieges wurden die nach dem Festland gesandten Soldaten von einer wahren Sucht nach Amuletten erfaßt, und heute noch fühlen sich die jungen Leute nur „sicher", wenn sie einen „Fetisch" bei sich tragen. Der ganze Kult hat nun einen solchen Umfang angenommen, daß sich bereits mehrfach die Geistlichkeit (so insbesondere der Bischof von Southwark) veranlaßt sah, gegen den Unfug eines derart öffentlich zur Schau getragenen Aberglaubens Stellung zu nehmen.

Die Göttinger Händelfestspiele. Die Göttinger Händelfestspiele brachten unter der Leitung von Dr. Oskar Hagen (Göttingen) und Dr. Alodeden-Gebhard (Hannover) mit großem Erfolg drei Opern von Händel zur Aufführung. Die Werke waren aus den 40 Opern des Altmeisters mit feinsinniger Hand ausgewählt: „Otto und Theophano", „Ariodante" und „Rodelinde".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230711013/fragment/page=0002